



Kalk

vielseitig faszinierend wertvoll

STELLUNGNAHME

DES BUNDESVERBANDES DER DEUTSCHEN KALKINDUSTRIE e. V.

Entwurf von Eckpunkten der Bundesregierung für eine Carbon Management-Strategie

Berlin, März 2024

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. (BVK) begrüßt, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) den Entwurf von Eckpunkten einer Carbon Management Strategie (CMS) veröffentlicht hat. Als energie- und emissionsintensive Grundstoffindustrie hat die Kalkindustrie eine besondere Stellung im Rahmen der Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Aktives Carbon Management ist ein unverzichtbares Instrument, um CO₂ Emissionen in hard to abate-Sektoren entscheidend zu reduzieren.

Beim Kalkbrennprozess entstehen sowohl energetische als auch Prozessemissionen, welche einen gemeinsamen Abgasstrom bilden. Es können folglich entweder alle oder keine Emissionen vermieden werden. Nur durch den Einsatz von Carbon Capture Technologien kann eine klimaneutrale Produktion von Kalk erreicht werden. Im Entwurf der Eckpunkte der CMS sind daher insbesondere folgende Punkte positiv hervorzuheben:

- Bekenntnis Grundstoffindustrien wie die Kalkindustrie in Deutschland zu halten
- Feststellung, dass die Kalkproduktion aufgrund der dafür notwendigen Prozesse untrennbar mit der Freisetzung von CO₂ verbunden ist
- Fördermechanismen für CCS und CCU von schwer und nicht vermeidbare Emissionen bspw. der Kalkproduktion

Für den weiteren Prozess der Ausarbeitung und Umsetzung der CMS weisen wir als betroffene Branche in unserer Stellungnahme auf einige zentrale Punkte hin.

1. Carbon Management Strategie und enthaltende Vorhaben zeitnah umsetzen

Für Industrien, die zwangsweise auf Carbon Capture angewiesen sind, um klimaneutral produzieren zu können, ist es existenziell, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen noch 2024 auf den Weg gebracht werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die vorausgehenden, langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie den Vorlauf beim notwendigen Infrastrukturausbau. Insofern die regulatorischen Weichen noch im Jahr 2024 gestellt werden, ist es möglich, dass erste Carbon Capture Projekte noch vor 2030 ihren Betrieb aufnehmen.

2. Förderinstrumente bedarfsgerecht ausgestalten

Mit den Klimaschutzverträgen sowie der Bundesförderung Industrie und Klimaschutz gibt es bereits zwei Ansätze zu Förderung von Carbon Capture im industriellen Bereich. Dies wird von der Kalkindustrie begrüßt. Bei der Ausgestaltung der Fördermechanismen sollten allerdings zwei Aspekte noch klarer berücksichtigt werden. Erstens sollte eindeutig verankert werden, dass die Gesamtemissionen des Kalkbrennprozesses förderfähig sind. Zweitens sollten negative Emissionen berücksichtigt werden. Die Kombination von Bioenergie und Carbon Capture (BECCS) führt zu einem zusätzlichen Klimanutzen, der entsprechend anerkannt werden sollte. BECCS ist untrennbar mit der Abscheidung von CO₂ verbunden und sollte daher über die CMS und die entsprechenden Förderinstrumente abgedeckt werden.

3. CO₂-Infrastrukturaufbau - Investitionen absichern und First Mover entlasten

Die Eckpunkte zur CMS sehen den Aufbau einer deutschen CO₂-Pipeline-Infrastruktur im europäischen Verbund vor, die privatwirtschaftlich betrieben werden soll. Als BVK unterstützen wir das, denn bereits heute gibt es signifikante Vorplanungen diverser Netzbetreiber. Allerdings gehen mit dem Aufbau einer neuen Infrastruktur für einen Businesscase, den es heute noch nicht gibt, auch erheblich finanzielle Risiken einher.

Die finanziellen Risiken haben die Infrastrukturbetreiber mit Blick auf einen sich entwickelnden Markt und die zu bedienenden Mengen. Finanzielle Risiken liegen allerdings auch bei den First Movern aus der Industrie, welche Investitionsentscheidungen treffen müssen, ohne dass ihnen bei Fertigstellung eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung steht. Damit die First Mover nicht die Kosten der neuen Infrastruktur tragen müssen, sollte wie auch beim Wasserstoffkernnetz mit entsprechenden Instrumenten zur Risikoabsicherung für Netzbetreiber und Netznutzer erfolgen. Andernfalls wird es zu prohibitiven Netzentgelten kommen. Damit wäre die Netznutzung für die Industrie nicht darstellbar und die Infrastrukturkosten könnten vom Netzbetreiber nicht refinanziert werden.

Aus diesen Gründen sollten einerseits Instrumente zur Investitionsabsicherung für die Netzbetreiber umgesetzt werden und andererseits eine Regulierung der Kosten und die Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Zugangs für die Netznutzer sichergestellt werden.

Förderprogramme wie die Klimaschutzverträge (KSV) oder Bundesförderung Klimaschutz und Industrie (BIK) können möglicherweise einen Teil der zusätzlichen Kosten für einzelne Nutzer abfedern. Letztlich muss es aber das Ziel sein, wettbewerbsfähige CO₂-Transportketten für alle Beteiligten zu entwickeln und dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

4. Genehmigungsverfahren beschleunigen

Der Einsatz von Carbon Capture Technologien wird zur Anlagenumrüstung und zum Neubau zusätzlicher Anlagen führen. Um eine zeitnahe Umsetzung zu ermöglichen, sollten die entsprechenden Vorhaben bspw. über vereinfachte Verfahren statt einer vollständigen Neugenehmigung erfolgen. Kernprozess bleibt die Herstellung von Produkten wie Kalk. Carbon Capture Anlagen könnten daher als Nebenanlage eingestuft werden.

5. Bekenntnis zur kosten- und ressourceneffizienten Onshore-Speicherung von CO₂

Gesamtwirtschaftlich ist es sinnvoll, Transportwege möglichst kurz zu halten und die besten Speicherstätten zu erschließen. Daher sollte ebenfalls eine Onshore-Speicherung in Deutschland erwogen werden. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bestätigt mit ihren Untersuchungen ausreichend Speicherkapazitäten. Aus BVK Sicht ist es unter Wettbewerbsaspekten und zur effizienten Nutzung der Infrastruktur notwendig, die enormen Onshore-Speicherpotenziale Deutschlands zu nutzen. Um eine Marktkonzentration zu vermeiden, sollten daher auch adäquate Onshore-Speicherstätten erschlossen werden. Im europäischen Rahmen wird dies mit der Umsetzung der Vorgaben für CO₂-Speicherkapazitäten erforderlich sein. Die Offshore-Speicherstätten werden nicht ausreichen, um einen deutschen Anteil am europäischen Gesamtziel zu erreichen.

6. Multimodalen CO₂-Transport stärker berücksichtigen

Der Regierungsvorschlag legt richtigerweise den Fokus des CO₂-Transports auf die Pipeline. Langfristig ist dies auch der einzig mögliche Weg, einen effizienten CO₂-Markt zu schaffen. Allerdings wird es auch langfristig Standorte geben, für die ein Leitungsanschluss aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen nicht möglich ist. Für diese Fälle ist es wichtig, auch alternative Transportmodi wie etwa den Schienen- und Schiffstransport von CO₂ zu berücksichtigen.

Daher sollte sich die CMS an der europäischen Formulierung der Industrial Carbon Management Strategie orientieren. Dort heißt es: „*Pipelines sind zwar in vielen Fällen die gängigste Transportoption für CO₂, aber ihr Bau ist mit hohen Anfangskapitalkosten und langen Vorlaufzeiten verbunden. Vor 2030 wird die Verschiffung von CO₂ eine wichtige Option sein, wofür jedoch einer Flotte von Spezialschiffen für den CO₂-Transport gebraucht wird.*“ Wir empfehlen daher, die Rolle von multimodalen CO₂-Transport in der CMS zu stärken und dies mit entsprechenden Maßnahmen zu untermauern.

Wir bitten freundlich um Berücksichtigung unserer Vorschläge und stehen für Rückfragen zur Verfügung.

Über die Kalkindustrie

Die Kalkindustrie liefert den unverzichtbaren und vielseitigen Rohstoff Kalk, der am Anfang vieler Wertschöpfungsketten steht. Kalk wird u.a. im Haus- oder Straßenbau, im Umweltschutz sowie bei der Produktion von Eisen und Stahl, der chemischen Industrie, Glas und Kunststoffen, zahlreichen Hygieneartikeln, Papier, Lebensmitteln und Getränken eingesetzt.

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V.

Im Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. (BVK) sind rund 50 Unternehmen mit fast 100 Standorten vertreten. Gemeinsam produzieren sie mit etwa 3.100 Beschäftigten rund 6 Mio. Tonnen Kalk im Jahr und erwirtschaften einen Gesamtumsatz von rund 700 Mio. Euro. (Stand: 2021) Der BVK engagiert sich als Vertretung der Kalkindustrie in Deutschland gegenüber Politik und Behörden und ist registrierter Interessenvertreter (R001630) im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag.

Weitere Informationen: www.kalk.de